

# SESSIONSBERICHT

## Herbstsession 2008 (15. September – 3. Oktober)

Jon A. Fanzun, Leiter Bereich Fraktion & Politik

*Die Herbstsession wurde vom unerwarteten Herz-Kreislaufkollaps von Bundesrat Hans-Rudolf Merz überschattet. Die Erleichterung war gross, als klar wurde, dass Bundesrat Merz die notwendig gewordene Operation sehr gut überstanden hat. Gross war auch die Freude der FDP-Fraktion, dass Hans-Rudolf Merz in sein Amt zurückkehren wird.*

*Die Herbstsession stand im Zeichen der Sicherheitspolitik und der Armee. Vor dem Hintergrund der immer lauter werdenden Rücktrittsforderungen der SVP an die Adresse von Bundesrat Samuel Schmid behandelten National- und Ständerat das Rüstungsprogramm 2008, der Ständerat zudem den umstrittenen Teil der Revision des Militärgesetzes. Der Nationalrat führte eine dringliche Debatte zu Armeefragen durch; eine zweite dringliche Debatte war den stark steigenden Strompreisen gewidmet. Beide Räte haben des Weiteren die Frage der Erschöpfung im Patentrecht beraten und dabei eine Differenz geschaffen, die es noch zu bereinigen gilt.*

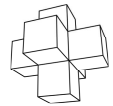
*In der Herbstsession konnten unter anderem das Bundesgesetz zum Schutz vor dem Passivrauchen, die Legislaturplanung 2007-2011, der Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“, das Zivildienstgesetz und das Geldwäschereigesetz verabschiedet sowie die Dumont-Praxis abgeschafft werden.*

*Der Nationalrat hat die Verfassungsbestimmung betreffend die Forschung am Menschen angenommen, die Güterverkehrsvorlage beraten, den Mindestumwandlungssatz im BVG angepasst und die Vereinheitlichung des Jugendstrafprozessrechts beschlossen.*

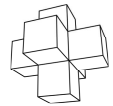
*Der Ständerat hat die Revision des Militärgesetzes beraten, die Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit erhöht, einen indirekten Gegenvorschlag zur Gewässerschutzinitiative lanciert sowie die Weichen für ein Patentgericht und ein Patentanwaltsgesetz gestellt.*

### 1) Bilanz aus der Sicht der Freisinnig-Demokratischen Fraktion

- Der Nationalrat hat das Rüstungsprogramm 2008 entgegen dem Willen der FDP-Fraktion abgelehnt. Der Ständerat hat das Rüstungsprogramm in einer zweiten Lesung integral gutgeheissen;
- Die Räte haben die Frage der Erschöpfung im Patentrecht beraten. Die FDP-Fraktion hat einen Eventualantrag für eine gegenseitige regionale Erschöpfung eingebracht und damit verhindert, dass die für den Innovationsstandort Schweiz schlechteste aller möglichen Lösungen (einseitige regionale Erschöpfung) gewählt wurde;
- Die Dumont-Praxis wurde dank dem Druck der FDP-Fraktion abgeschafft;
- Die Legislaturplanung konnte abgeschlossen werden. Sie trägt die Handschrift der FDP-Fraktion;
- Der Nationalrat hat die Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen im Sinne der FDP-Fraktion verabschiedet;
- Im Rahmen der Behandlung der Güterverkehrsvorlage setzte sich die Linie der FDP-Fraktion durch;
- Die FDP-Fraktion brachte alle Anträge im Rahmen der Behandlung des Jugendstrafrechts durch;



- Die FDP-Fraktion hat sechs Fraktionsvorstösse eingereicht.
- 2) **Geschäfte beider Räte**
- **Wahlen Bundesgericht und Bundesverwaltungsgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat vier neue Richter an das Bundesgericht gewählt. Sie folgte dabei dem Vorschlag der Gerichtskommission und wählte Marcel Maillard (CVP), Martha Niquille (CVP), Brigitte Pfiffner Rauber (Grüne) und Nicolas von Werdt (SVP). Die FDP-Fraktion trat mit einer eigenen Kandidatur an. Sie unterstützte die Kandidatur von Frau Turtè Baer-Derungs und wollte damit sicher stellen, dass die vierte Landessprache am höchsten Schweizer Gericht vertreten ist. Frau Baer-Derungs erhielt 60 Stimmen. Die rätoromanische Sprache ist somit nicht mehr am höchsten Gericht vertreten, was die Fraktion bedauert.  
34 wieder kandidierende Bundesrichterinnen und Bundesrichter wurden vom Parlament bestätigt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte des Weiteren Muriel Beck Kadima (Grüne) als neue Richterin ans Bundesverwaltungsgericht, bestätigte Christoph Bandli (SVP) als Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts und wählte Markus Metz (FDP) zum neuen Vizepräsidenten.  
Die Wahl der 19 nebenamtlichen Richterinnen und Richter wurde auf die Wintersession 2008 verschoben.
  - **Rüstungsprogramm 2008:** Der Nationalrat hat als Zweitrat das Rüstungsprogramm 2008 beraten; der Ständerat hat das Programm in der Sommersession einstimmig gutgeheissen. Das Rüstungsprogramm hat einen Umfang von 917 Millionen Franken. Davon sind 404 Millionen für die technische Modernisierung der Kampfflugzeuge F/A-18 vorgesehen. Der Nationalrat hatte in der Eintretensdebatte über einen Sistierungs-, einen Nichteintretens- und einen Rückweisungsantrag zu befinden. Die grosse Kammer lehnte die Sistierungs- und Rückweisungsanträge der SVP mit 113 zu 49 Stimmen bei 12 Enthaltungen bzw. 125 zu 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Der Nichteintretensantrag der Grünen wurde mit 160 zu 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. In der Detailberatung lehnte der Nationalrat Minderheitsanträge von linksgrüner Seite ab, die eine Reduktion bzw. eine Streichung der geschützten Mannschaftstransportfahrzeuge bezweckten. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der SP, den notwendigen Erhalt der Fähigkeiten des F/A-18 aufzuschieben.  
In der Gesamtabstimmung spielte die unheilige Allianz zwischen der SVP, der SP und den Grünen. Gegen den Willen der geschlossenen FDP-Fraktion lehnte die grosse Kammer das Rüstungsprogramm mit 104 zu 83 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Der Ständerat behandelte das Rüstungsprogramm in der dritten Sessionswoche. Die kleine Kammer hiess auch in der zweiten Runde das integrale Rüstungsprogramm sehr deutlich (mit 33 zu 3 Stimmen) gut. Die Vorlage geht nun wieder zurück an den Nationalrat.  
Mit ihrer Ablehnung treiben SP, Grüne und SVP ein übles Spiel mit der Sicherheit des Landes. Mit ihrem Entscheid gefährden die Armeegegner zudem auch Arbeitsplätze. Mehr als 500 Millionen Franken würden im Rahmen des Rüstungsprogramms in der Schweiz investiert. Dies wäre ein konkretes Konjunkturprogramm für alle Regionen. Die FDP-Fraktion wird sich weiterhin entschlossen für die Annahme des Rüstungsprogramms einsetzen.
  - **Erschöpfung im Patentrecht:** Der Ständerat hat als Zweitrat den Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht beraten. Die kleine Kammer folgte dabei – entgegen der Meinung der FDP-Fraktion – mit 31 zu 12 Stimmen der Mehrheit der WAK-S. Gemäss dem Vorschlag der Mehrheit des Ständerates soll die einseitige regionale Erschöpfung eingeführt werden. Waren, dessen Preise staatlich festgelegt werden, sollen von dieser Regelung aber ausgenommen werden. Im Differenzbereinigungsverfahren hat sich der Nationalrat in einer ersten Abstimmung mit 88 zu 85 Stimmen bei 14 Enthaltungen dem Vorschlag der kleinen Kammer angeschlossen. Anschliessend setzte sich ein Antrag von Nationalrätin Markwalder



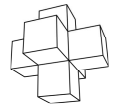
(FDP / BE) mit 94 zu 91 Stimmen bei 5 Enthaltungen durch. Gemäss diesem Antrag soll die regionale Erschöpfung nicht einseitig, sondern gegenseitig und völkerrechtskonform im Rahmen eines Abkommens erfolgen. Des Weiteren hat der Nationalrat im Sinne der FDP-Fraktion die Ausnahmeregelung für patentgeschützte Waren, deren Preise staatlich festgelegt werden, mit 96 zu 90 Stimmen bei 1 Enthaltung gestrichen.

Die FDP-Fraktion sprach sich in der Debatte für einen starken Innovationsschutz und damit für die Lösung des Bundesrates aus. Dieser schlägt im Ergebnis eine Mischung aus nationaler und internationaler Erschöpfung vor: nationale Erschöpfung dort, wo Innovation wichtig ist und daher ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums notwendig ist sowie internationale Erschöpfung dort, wo die Innovation von geringer Bedeutung ist (wenn die patentierte Technologie nicht das Wesen der Ware ausmacht). Des Weiteren beinhaltet der vom Nationalrat verabschiedete Entwurf eine Beweislastumkehr. Dabei muss der Patentinhaber im Streitfall vor Gericht glaubhaft darlegen, weshalb die patentierte Technologie für die Ware wesentlich ist. Das bedeutet auch, dass das Gesetz kein staatliches Verbot von Parallelimporten beinhaltet, da die Durchsetzung durch den Patentinhaber vor Gericht notwendig ist. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

- **Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes:** Bei dieser Gesetzesvorlage war die Formulierung des Artikels 52a Absatz 3 umstritten. Dabei ging es um die Abgeltung von Forschungs- und Entwicklungskosten der Medikamente. Nachdem sich die Räte nicht einigen konnten, musste eine Einigungskonferenz einberufen werden. Der Nationalrat lehnte den Antrag der Einigungskonferenz im Sinne der FDP-Fraktion mit 97 zu 83 Stimmen ab. Dagegen stimmte der Ständerat dem Antrag der Einigungskonferenz einstimmig zu. Der Antrag sah vor, dass die Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der Preisgünstigkeit von Arzneimitteln nicht im Gesetz verankert werden sollten. Demnach sollte der umstrittene Artikel 52a Absatz 3 gestrichen und die Regelung der Frage auf Verordnungsstufe erfolgen. Mit dem Nein des Nationalrates ist die Vorlage vom Tisch.
- **Legislaturplanung 2007-2011:** Die beiden Räte haben den Antrag der Einigungskonferenz zur Legislaturplanung 2007-2011 behandelt und das Geschäft verabschiedet. Das Legislaturprogramm trägt die Handschrift der FDP-Fraktion. Die Schweiz braucht mehr und bessere Arbeitsplätze, eine Stärkung des nationalen Zusammenhalts und sichere Sozialwerke sowie einen schlanken, bürgerfreundlichen Staat. Basierend auf diesen Zielen hat die Fraktion ihre Vorschläge eingebracht und insbesondere folgende Anträge durchgebracht:
  - Vereinfachung des Steuersystems;
  - Administrative und steuerliche Entlastung der Unternehmen;
  - Umsetzung einer nationalen Integrationsstrategie;
  - Schaffung eines Innovationsparks;
  - Flexibilisierung des Rentenalters.

Dagegen hat das Parlament gegen den Willen der FDP-Fraktion und auf Antrag der CVP die Öffnung des Postmarktes und die Senkung des Briefmonopols auf 50 Gramm abgelehnt.

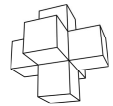
- **Schutz vor dem Passivrauchen:** Der Entwurf für ein Bundesgesetz zum Schutz vor dem Passivrauchen, an welchem seit vier Jahren gearbeitet wird, konnte in der Herbstsession 2008 bereinigt werden. Hierfür musste allerdings eine Einigungskonferenz eingesetzt werden. Gemäss dem Beschluss der Räte bleiben Restaurants in Zukunft grundsätzlich rauchfrei. Gastrobetriebe mit höchstens 80 Quadratmetern Fläche können eine Ausnahmegewilligung beantragen, wenn sie gewisse Voraussetzungen erfüllen (Kennzeichnung, gute Belüftung). Der Nationalrat stimmte dem Antrag der Einigungskonferenz mit 114 zu 57 Stimmen zu. Die kleine Kammer folgte diesem Beschluss mit 33 zu 8 Stimmen.



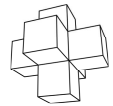
- **Geldwäschereigesetz:** National- und Ständerat haben letzte Differenzen im Bundesgesetz zur Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière beraten und bereinigt. Dabei wurden zwei Anträge von Ständerat Rolf Schweiger (FDP / ZG) angenommen (Art. 9 Abs. 1bis: Anonymisierung des Personals von Finanzintermediären; Art. 32 Abs. 3: Keine Weitergabe der Namen an ausländische Behörden).
- **Spezialfinanzierung Luftverkehr:** Bei der Frage, welche Sicherheitsmassnahmen auf Flughäfen aus der Spezialfinanzierung bezahlt werden sollen, haben sich National- und Ständerat im Differenzbereinigungsverfahren geeinigt. Demnach sollen Sicherheitsaufgaben, die staatlichen Behörden obliegen und namentlich dem Schutz vor Terroranschlägen und Entführungen dienen, nicht aus den zweckgebundenen Erträgen der Mineralölsteuer auf Flugtreibstoff finanziert werden. Es geht hierbei um jährlich ca. 9 Millionen Franken, die nun aus allgemeinen Bundesmitteln finanziert werden.

### 3) Nationalrat

- **Dringliche Debatte Armee:** Der Nationalrat führte auf Antrag der Fraktionen SVP, SP und Grüne eine dringliche Debatte zur Armee und zur Sicherheitspolitik durch. Die FDP-Fraktion bekräftigte im Rahmen dieser Debatte ihre Position, Sach- und Personalpolitik nicht zu vermischen. Die Sprecher der Fraktion sprachen sich des Weiteren für eine moderne und schlagkräftige Armee aus. Die dringliche Debatte über die Armee im Nationalrat erbrachte wie erwartet keine Neuigkeiten. Für die FDP-Fraktion war die Debatte insofern ein Erfolg, als zwei Vorstösse aus ihren Reihen angenommen wurden. Zum einen hat der Nationalrat eine Motion angenommen, welche den Bundesrat beauftragt, ein Konzept für die Beschaffung von Transportflugzeugen auszuarbeiten (Motion Burkhalter. 07.3597. Lufttransportpool für zivile und militärische Einsätze im Ausland). Der zweite angenommene Vorstoss verlangt eine verlässlichere Planung des Militärdienstes, um Konflikte mit dem Arbeitsplatz oder der Ausbildung zu minimieren (Postulat Wasserfallen. 08.3038. Grundausbildungs- und Fortbildungsdienste der Truppe der Armee).
- **Dringliche Debatte Strompreise:** Der Nationalrat führte auf Antrag der Fraktionen FDP/Liberale, SVP und SP eine dringliche Debatte zu den Strompreiserhöhungen durch. Die FDP-Fraktion forderte in diesem Zusammenhang Transparenz in Bezug auf die Strompreise, eine möglichst unabhängige Netzgesellschaft Swissgrid sowie einen runden Tisch mit allen relevanten Akteuren. Des Weiteren sprachen sich die Vertreter der Fraktion in der Debatte gegen übereilte Gesetzesänderungen und staatlichen Interventionismus aus.
- **Sondersession Finanzmarktkrise:** Die SP und die Grünen haben eine Sondersession zur Finanzmarktkrise verlangt. Diese Sondersession wird in der Wintersession eingebaut. Im Sinne der FDP-Fraktion lehnte es der Nationalrat ab, diese Diskussion im November durchzuführen.
- **Forschung am Menschen:** Der Nationalrat hat als Erstrat die Verfassungsnorm über die Forschung am Menschen mit 114 zu 45 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen. Für lange Diskussionen hat insbesondere die Forschung an urteilsunfähigen Personen wie Demenzkranken oder Kleinkindern gesorgt. Eine Mehrheit des Rates war jedoch der Meinung, man dürfe solche Menschen nicht von der Forschung und damit vom medizinischen Fortschritt ausnehmen. Ebenfalls umstritten war die Verankerung von Grundsätzen auf Verfassungsstufe. Die FDP-Fraktion setzte sich in der Debatte erfolgreich gegen eine zu detaillierte Regelung und für eine reine Kompetenznorm aus. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

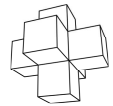


- Kulturförderung:** Als Erstrat hat der Nationalrat das Kulturförderungsgesetz, in das auch die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Stiftung Pro Helvetia integriert werden sollen, beraten. Für lange Diskussionen sorgte die Frage der sozialen Absicherung der Kulturschaffenden. Entgegen dem Vorschlag des Bundesrates und gegen den Willen der FDP-Fraktion setzte sich in dieser Frage eine Allianz aus SVP, SP und Grünen durch. Diese Allianz unterstützte einen Antrag Bortoluzzi (SVP / ZH), welcher verlangt, dass der Bund von den Unterstützungsbeiträgen an Kulturschaffende einen Prozentsatz an die Altersvorsorge der Empfänger entrichtet. Das Geschäft konnte nicht fertig beraten werden und wird voraussichtlich in der Wintersession 2008 weiter beraten.
- Komplementärmedizin:** Der Nationalrat hat dem direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“ mit 95 zu 60 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Der Verfassungsartikel, über welchen Volk und Stände voraussichtlich nächstes Jahr befinden werden, lautet: „Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin“. Der Gegenvorschlag unterscheidet sich nur in einem einzigen Wort von der Initiative, welche eine „umfassende“ Berücksichtigung der Komplementärmedizin verlangt. Bundesrat Couchepin sowie die Mehrheit der FDP-Fraktion sprachen sich dagegen aus, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen. Im Anschluss an den Entscheid des Nationalrates zog das Initiativkomitee die Volksinitiative zurück.
- Aufhebung der Immunität Brunner:** Der Nationalrat hat mit 114 zu 74 Stimmen im Sinne der FDP-Fraktion beschlossen, die Immunität von Nationalrat Toni Brunner aufzuheben. Die Ratsmehrheit möchte damit den Weg ebnen für die juristische Klärung der Frage, ob der SVP-Präsident im Fall Blocher-Rorschacher eine Amtsgeheimnisverletzung begangen hat oder nicht.
- Mindestumwandlungssatz im BVG:** Der Nationalrat hat den Mindestumwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge beraten. Dieser Satz ist der Prozentsatz, der den Versicherten als jährliche Rente ausbezahlt wird. Der Rat sprach sich im Sinne der FDP-Fraktion dafür aus, den Umwandlungssatz bis 2015 auf 6,4 Prozent zu senken. Des Weiteren soll der Satz alle fünf Jahre überprüft werden. Der Grund für die Senkung des Umwandlungssatzes sind die gestiegene Lebenserwartung sowie die erwartete Zinsentwicklung. Zudem würde ein künstlich hoch gehaltener Satz auf Kosten der heute aktiven Generation gehen. Die Ratslinke bestritt diese Tatsachen und plädierte für Nichteintreten. Dieser Antrag wurde mit 118 zu 62 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
- Unternehmenssteuerreform:** Der Nationalrat hat die Motion der FDP-Fraktion zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit zusätzlicher Unternehmenssteuerreform im Sinne der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen von linker und grüner Seite mit 95 zu 61 Stimmen bei 5 Enthaltungen gutgeheissen. Der Ständerat hatte in der Frühlingssession 2008 den ursprünglichen Text der Motion geändert und die Forderung nach einer Flexibilisierung bei der Besteuerung unterschiedlicher Ertragsarten gestrichen. Aufgrund des Parlamentsgesetzes konnte der abgeänderte Text nur an- oder abgelehnt, aber nicht mehr verändert werden.
- Krediterhöhung Neat:** Der Nationalrat hat in der Herbstsession einen Teil aus der Vorlage über eine Gesamtschau der Eisenbahngrossprojekte herausgelöst und behandelt (Vorlage 4). Die grosse Kammer hat dabei den Neat-Gesamtkredit auf 19,1 Milliarden Franken erhöht (Preisstand 1998). Nicht mehr enthalten sind in diesem Kredit der Zimmerberg-Basistunnel und der Hirzeltunnel. Beide wurden für das geplante Bahnangebot als nicht dringlich beurteilt und sollen im Rahmen einer späteren zweiten Etappe der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) geprüft werden. Ein Antrag der SVP, den Kredit für diese Projekte um 1,1 Milliarden



Franken aufzustocken, wurde im Sinne der FDP-Fraktion mit 130 zu 51 Stimmen abgelehnt.

- **Güterverkehrsvorlage:** Die Güterverkehrsvorlage verfolgt das Ziel, den alpenquerenden Güterverkehr von der Strasse auf die Bahn zu verlagern. Das Mittel hierzu ist die Alpentransitbörse. Im Nationalrat gab es eine weite Palette von Anträgen hierzu: Während SP und Grüne den Bundesrat zu einem möglichst raschen Vorgehen verpflichten wollten, beantragte die SVP die Streichung der Alpentransitbörse. Am Ende setzte sich der von Nationalrätin Gabi Huber (FDP / UR) eingebrachte Antrag durch, welcher den Bundesrat ermächtigt, Verhandlungen mit der EU und den Nachbarländern zu führen und die nötigen Verträge abzuschliessen. Die Umsetzung der Transitbörse ist jedoch in einem Gesetz zu regeln und somit vom Parlament zu genehmigen. Der Nationalrat hat das Verlagerungsziel bis zwei Jahre nach der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels verschoben und ist damit dem Ständerat gefolgt.
- **Schwerverkehrsabgabe:** Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wird nächstes Jahr auch für Lastwagen der Euro-3-Norm wie vorgesehen erhöht. Zudem sollen neue Fahrzeuge nicht mindestens zehn Jahre in der billigsten LSVA-Kategorie belassen werden. Der Nationalrat hat eine Motion von Nationalrat Amstutz (SVP / BE) mit 97 zu 79 Stimmen abgelehnt, welche die Kompetenz des Bundesrates beschneiden und eine gesetzliche Regelung für die Einstufung der Lastwagen in die drei Abgabekategorien einführen wollte.
- **Verschlüsselung von Set-Top-Boxen:** Mittels Motion verlangt Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP / BE) ein Verbot der Verschlüsselung im Digital-TV, oder aber die Einführung eines offenen Standards. Der Bundesrat, die Mehrheit der KVF-N und die FDP-Fraktion erachten einen solchen Eingriff als unzweckmässig und innovationshemmend. Die Kommission wird sich nochmals mit dem Geschäft auseinandersetzen müssen, weil der Nationalrat einen Rückweisungsantrag mit 173 zu 1 Stimme angenommen hat.
- **Zusammenlegung der Nachrichtendienste:** Die Zusammenlegung der zivilen Nachrichtendienste unter einem Dach wird gesetzlich geregelt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einen Entwurf gutgeheissen, der die zivilen Nachrichtendienste dem VBS unterstellt.
- **FRONTEX:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Anpassung des Zollgesetzes in der Gesamtabstimmung mit 82 zu 52 Stimmen bei 27 Enthaltungen im Sinne der FDP-Fraktion genehmigt (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes, FRONTEX). Der Nichteintretensantrag der Grünen sowie zwei Minderheitsanträge der SP und der Grünen wurden abgelehnt. Der Gesetzesentwurf ist damit bereinigt.
- **Jugendstrafprozessrecht:** Der Nationalrat unterstützt die Vereinheitlichung des Jugendstrafprozessrechts und die Beschleunigung der Verfahren. Die Volkskammer blieb dabei weitgehend auf der Linie von Bundesrat und Ständerat und folgte bei allen Mehrheits- und Minderheitsanträgen der Linie der FDP-Fraktion. Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 129 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Sie geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
- **Bekämpfung von Gewalt an Sportanlässen:** Der Nationalrat ist auf die Vorlage nicht eingetreten, welche eine Verfassungsgrundlage für die Bekämpfung von Gewalt an Sportanlässen geschaffen hätte. Dies, weil sich nun abzeichnet, dass bis Ende 2009 ein Konkordat der Kantone zustande kommt und eine Verfassungsänderung somit unnötig ist.
- **Gewalt und Pornografie auf Mobiltelefonen:** Der Nationalrat hat zwei Motionen (von Ständerat Schweiger und Nationalrat Hochreutener) überwiesen, welche die Verbreitung von Pornografie und Gewaltdarstellungen via Mobiltelefone verbieten wollen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion sprach sich gegen die Motionen aus, weil es

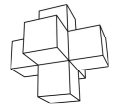


in diesem Bereich ein Vollzugsproblem gibt, das nicht durch neue Gesetze gelöst werden kann.

- **Tabakbesteuerung:** Der Nationalrat hat als Erstrat das Bundesgesetz über die Tabaksteuer beraten und nach der Steuer für Zigaretten auch jene für andere Tabakwaren dem EU-Regime angepasst. Unter anderem hat der Rat die Einführung eines Mindestverkaufspreises für Zigaretten und Zigarillos abgelehnt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
- **Steueramnestie:** Der Nationalrat will die Möglichkeit einer allgemeinen Steueramnestie aufrecht erhalten. Mit 91 zu 88 Stimmen beschloss die grosse Kammer, die Frist für die Behandlung einer entsprechenden parlamentarischen Initiative sowie für eine Standesinitiative des Kantons Tessin zu verlängern.
- **Parlamentsrecht:** Der Nationalrat wird die Sitzzuteilung in den Kommissionen zukünftig nach dem System des Ständerats vornehmen. Neu sollen die 275 Mandate gesamthaft proportional den Fraktionen zugeteilt werden. Damit wird eine der Fraktionsstärke genauer entsprechende Sitzverteilung erreicht werden. Die FDP-Fraktion sowie die SP-Fraktion werden durch diese Änderung je 4 zusätzliche Sitze erhalten.

#### 4) Ständerat

- **Revision des Militärgesetzes:** Der Ständerat hat als Zweitrat die Revision des Militärgesetzes beraten. Dabei folgt die kleine Kammer der Fassung des Bundesrates und widersetzt sich damit dem Nationalrat, welcher in der Sommersession gegen den Willen der FDP-Fraktion praktisch die gesamte Substanz aus der Vorlage gekippt hatte. Der Ständerat hat die Möglichkeit, Berufsmilitär zu Einsätzen im Ausland zu verpflichten ebenso gutgeheissen wie die Möglichkeit obligatorischer Wiederholungskurse im Ausland. Assistenzdienste im Inland (etwa zum Schutz des Weltwirtschaftsforums) sollen weiterhin möglich sein. Der Ständerat hat des Weiteren eine Motion für die Verdoppelung der Kapazitäten für Auslandseinsätze aufrechterhalten; dies gegen den Willen des Bundesrates und im Sinne der FDP-Fraktion. Die Revision des Militärgesetzes geht nun zurück an den Nationalrat.
- **Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit:** Die kleine Kammer hat als Zweitrat die Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit behandelt und gutgeheissen (DEZA-Kredit: 4,5 Milliarden Franken; Seco-Kredit: 800 Millionen Franken). Der Ständerat verlangt zudem, dass der Bundesrat dem Parlament 2009 einen zusätzlichen Rahmenkredit unterbreitet, mit dem Ziel, die Mittel für die Entwicklungsländer so zu erhöhen, dass sie bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BNE) erreichen. In der Botschaft soll der Bundesrat aufzeigen, wie zwei überwiesene Motionen (zum Thema strategische Führung der DEZA sowie zur thematischen und geografischen Konzentration der Hilfe) umgesetzt wurden und für welche Projekte und Länder die zusätzlichen Gelder eingesetzt werden sollen. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat.
- **Abschaffung der Dumont-Praxis:** Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat einstimmig beschlossen, die Dumont-Praxis abzuschaffen. Diese verhinderte bisher, dass viele energetisch sinnvolle Sanierungsarbeiten realisiert wurden. Denn gemäss der Dumont-Praxis dürfen Unterhaltskosten in den ersten fünf Jahren ab Kauf bei den Steuern nicht abgezogen werden, wenn sie der Instandstellung einer vernachlässigten Liegenschaft dienen. Die Folge liegt auf der Hand: Die notwendigen Sanierungen werden aufgeschoben. Aus diesem Grund hat die FDP die Abschaffung dieser Dumont-Praxis verlangt (Pa.Iv. Philipp Müller, Einschränkung der Dumont-Praxis). Damit wird der Energieverbrauch in der

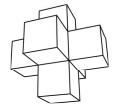


Schweiz auf Druck der FDP und der Liberalen konkret und nachhaltig verringert. Zudem werden durch die Investitionen Arbeitsplätze geschaffen Die Änderung tritt voraussichtlich 2010 in Kraft (bei der direkten Bundessteuer).

Der Ständerat hat des Weiteren eine FDP-Motion von Nationalrat Filippo Leutenegger (FDP / ZH) behandelt, welche verlangt, dass werterhaltende Investitionen, die der Energieeffizienz und dem Umweltschutz dienen, neu verteilt über mehrere Jahre von den Steuern abgezogen werden können. Die kleine Kammer wandelte die Motion in einen Prüfungsauftrag um (der Bundesrat lehnte die Motion ab).

- **Schutz der Gewässer:** Der Ständerat hat sich einstimmig (mit 36 Stimmen) für eine Revision des Gewässerschutzgesetzes ausgesprochen. Die Vorlage dient als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“. Diese Initiative hatte in der kleinen Kammer keine Chance. Sie wurde im Sinne der FDP-Deputation im Ständerat mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die Standeskammer verlängerte zudem die Behandlungsfrist für das Volksbegehren um ein Jahr bis Anfang 2010, um dem Nationalrat genug Zeit für die Behandlung des Geschäfts einzuräumen.
- **BVG-Strukturreform:** Der Ständerat hat das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) oppositionslos verabschiedet, welches die Aufsicht über die Pensionskassen neu regeln soll. Damit soll einerseits die direkte Aufsicht gestärkt werden und andererseits die indirekte Aufsicht einer neuen eidgenössischen Oberaufsichtskommission übertragen werden. Eine zweite Vorlage, welche Bestandteil der BVG-Reform ist, soll die Beteiligung der älteren Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt fördern.
- **Besteuerung von Konzerngesellschaften:** Der Ständerat will steuerliche Nachteile, welche in der Schweiz für die Finanzierung von Konzerngesellschaften im Vergleich zu konkurrierenden Wirtschaftsstandorten bestehen, beseitigen. Der Rat hat eine entsprechende Motion der WAK-S gutgeheissen.
- **Patentgericht und Patentanwaltsgesetz:** Der Ständerat hat als Erstrat der Schaffung eines Fachgerichts für patentrechtliche Streitigkeiten zugestimmt. Dieses soll die Rechte am geistigen Eigentum und die Innovationskraft besser schützen. Das Gericht soll aus zwei hauptamtlichen sowie 20 bis 25 nebenamtlichen Richtern bestehen. Des Weiteren hat die kleine Kammer ein Gesetz verabschiedet, das die fachliche Qualifikation und den Titelschutz für Patentanwälte regelt. Beide Vorlagen gehen nun an den Nationalrat.
- **Bahnreform 2:** Der Ständerat hat das Bundesgesetz über die Bahnreform 2 beraten (Vorlagen 8 und 9). In der kleinen Kammer gaben die gleichen Punkte zu reden wie im Nationalrat. Dabei ging es insbesondere um die Kompetenzen und die Ausrüstung der Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr. Dabei blieb der Ständerat mehrheitlich auf der Linie des Bundesrates. Sicherheitsaufgaben können demnach privaten Organisationen mit Sitz in der Schweiz übertragen werden. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat.
- **Steuerabzüge für Parteispenden:** Der Ständerat hat sich gegen den Willen des Bundesrats mit 29 zu 8 Stimmen für einen Gesetzesentwurf ausgesprochen, welcher die Steuerabzüge für Parteispenden regelt. Demnach soll bei der direkten Bundessteuer für natürliche Personen und Unternehmen ein Abzug von maximal 10'000 Franken eingeführt werden.
- **Zivildienstgesetz:** Der Ständerat erachtet die Gewissensprüfung für Zivildienstwillige als überholt. In Zukunft soll der Tatbeweis genügen, einen Zivildienst mit anderthalbfacher Dauer des Militärdienstes zu leisten (entsprechend der Haltung der FDP-Fraktion). Der Ständerat beschloss, die Bestimmung zu streichen, dass der Faktor auf maximal 1,8 erhöht werden kann, falls der personelle Bedarf der Armee nicht gedeckt werden kann. Im Differenzbereinigungsverfahren





schloss sich der Nationalrat entgegen der Haltung der FDP-Fraktion mit 91 zu 84 Stimmen der kleinen Kammer an. Das Geschäft ist damit bereinigt.

## 5) Vorstösse der Freisinnig-Demokratischen Fraktion

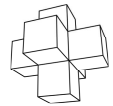
Die FDP-Fraktion hat in der Herbstsession 2008 folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

- **Sofortiger Ausgleich der kalten Progression:** Mittels einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Fraktion den Ausgleich der kalten Progression auf 2009. Des Weiteren soll die kalte Progression in Zukunft jährlich ausgeglichen werden. Wegen der kalten Progression zahlen Bürgerinnen und Bürger allein beim Bund 600 Millionen Franken zuviel Steuern. Dieses Geld soll den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für Konsum und Investitionen möglichst sofort zur Verfügung stehen.
- **Gegenvorschlag zur untauglichen Ausschaffungsinitiative:** Die FDP fordert bereits seit geraumer Zeit, dass die Integrationspolitik zu einem nationalen Schwerpunkt gemacht wird. Die Anstrengungen im Bereich der Integration müssen nach dem Prinzip ‚Fordern und Fördern‘ rasch verstärkt werden. Dazu gehört auch, dass der krasse Missbrauch unseres Gastrechts konsequent geahndet wird. Deshalb legt die FDP-Fraktion einen indirekten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative vor. Dieser Gegenvorschlag ist klar, pragmatisch und entspricht den Grundsätzen von Verfassung und Völkerrecht – alles Anforderungen, welche die Initiative nicht erfüllt.
- **Drohende Strompreiserhöhungen:** Die FDP-Fraktion hat eine dringlich erklärte Interpellation eingereicht, in welcher sie ihre Besorgnis über die drohenden negativen Folgen der Strompreiserhöhungen für Haushalte und Unternehmen ausdrückt und vom Bundesrat Auskunft über verschiedene Aspekte der Thematik verlangt.
- **Vermittlungstätigkeit der Schweiz:** Die Fraktion hat vor dem Hintergrund der Vermittlungstätigkeit des EDA in Kolumbien eine Interpellation eingereicht, in der sie vom Bundesrat Auskunft verlangt über die Strategie im Bereich der Vermittlung.
- **Keine Gigaliner auf Schweizer Strassen:** In einigen Ländern Europas sind 60-Tonnen-Lastwagen seit mehr als zehn Jahren auf den Strassen zugelassen. Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion eine Interpellation eingereicht, in welcher der Bundesrat um Auskunft gebeten wird, wie er mit der Frage solcher Grosslastwagen umzugehen gedenkt.
- **Bericht zur Energiesicherheit:** Die FDP-Fraktion hat ein Postulat eingereicht, in welcher sie vom Bundesrat einen Bericht über die Energiesicherheit der Schweiz verlangt.

## 6) Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 21 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- mit 152:16 und 24 Enthaltungen (Nationalrat) bzw. 41:0 und 2 Enthaltungen (Ständerat) den Verfassungsartikel, dem zufolge Bund und Kantone für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin zu sorgen haben (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative);
- mit 124:63 und 4 Enthaltungen bzw. 33:7 und 3 Enthaltungen die Verfassungsgrundlage für die Spezialfinanzierung von Aufgaben im Luftverkehr aus den Erträgen der Kerosinsteuer;
- mit 105:61 und 23 Enthaltungen bzw. 31:9 und 3 Enthaltungen das Bundesgesetz zum Schutz vor dem Passivrauchen;



- mit 151:29 und 7 Enthaltungen bzw. 35:3 und 5 Enthaltungen die Aufhebung der Dumont-Praxis, die heute während fünf Jahren nach dem Erwerb vernachlässigter Liegenschaften keinen Steuerabzug für Unterhaltskosten zulässt;
- mit 181:0 und 13 Enthaltungen bzw. 43:0 die Gesetzesänderung zur Verdoppelung des Wehrpflichtersatzes;
- mit 134:58 und 1 Enthaltung bzw. 43:0 die Änderung des Zivildienstgesetzes, mit welcher an der Stelle der Gewissensprüfung der Tatbeweis für Militärverweigerer eingeführt wird;
- mit 188:0 und 0 Enthaltungen bzw. 43:0 Anpassungen des Militärstrafgesetzes und des Militärstrafprozesses an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches;
- mit 167:0 und 27 Enthaltungen bzw. 40:1 und 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme;
- mit 119:62 und 11 Enthaltungen bzw. 42:0 und 1 Enthaltung das Bundesgesetz zur Übertragung der Aufgaben des zivilen Nachrichtendienstes auf ein einziges Departement;
- mit 174:0 und 17 Enthaltungen bzw. 41:0 und 1 Enthaltung die Gesetzesänderung zum künftigen Konkordat der Kantone für die Bekämpfung der Gewalt an Sportanlässen;
- mit 189:0 und 3 Enthaltungen bzw. 43:0 das Bucheffektengesetz;
- mit 189:3 bzw. 43:0 das Übereinkommen über die auf bestimmte Rechte an intermediärverwahrten Wertpapieren anzuwendende Rechtsordnung;
- mit 175:17 bzw. 42:0 und 1 Enthaltung die Änderungen des Geldwäschereigesetzes, mit denen internationale Empfehlungen umgesetzt werden;
- mit 97:70 und 26 Enthaltungen bzw. 42:0 und 1 Enthaltung die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes mit der Grenzagentur Frontex;
- mit 179:0 und 9 Enthaltungen bzw. 42:0 ein Abkommen mit Bosnien-Herzegowina über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität;
- mit 176:4 und 12 Enthaltungen bzw. 43:0 ein Rechtshilfeabkommen mit Chile;
- mit 191:0 bzw. 43:0 ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika;
- mit 175:1 und 0 Enthaltungen bzw. 41:0 und 1 Enthaltung die Verlängerung des Bundesbeschlusses über die Kompensation der CO2-Emissionen der Gaskombikraftwerke bis Ende 2010;
- mit 129:62 und 1 Enthaltung bzw. 42:0 und 1 Enthaltung verschiedene Änderungen des Parlamentsgesetzes;
- mit 146:40 und 7 Enthaltungen bzw. 43:0 die Änderung des Parlamentsgesetzes, der zufolge der Nationalrat für die Behandlung des Geschäftsberichts alle Departementchefs aufbieten kann;
- mit 99:93 (nur Nationalrat) Änderungen des Geschäftsreglements des Nationalrates.